

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

21.9.1927 (No. 219)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.- RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verdrängt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Vermögen, Umsatz und Einkommen der Landwirtschaft in Baden

Das statistische Reichsamt veröffentlicht soeben eine ausführliche Darstellung über die deutsche Landwirtschaft nach ihrem Vermögen (auf Grund der Veranlagung zur Vermögenssteuer 1924), ferner nach ihrem Umsatz (auf Grund der Umsatzsteueranmeldung für 1924) und nach ihrem Einkommen (auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Einkommens- und Körperschaftsteueranmeldung für 1925). Aus dieser umfangreichen Statistik über die gesamte deutsche Landwirtschaft heben wir die wichtigsten Momente für die Landwirtschaft Badens heraus und vergleichen dabei die Lage der Landwirtschaft in Baden mit den Ergebnissen für andere deutsche Länder und mit dem jeweiligen Reichsdurchschnitt.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Baden umfaßt nach der Vermögenssteueranmeldung 568 965 Hektar. Das landwirtschaftliche Vermögen ist im folgenden das Rohvermögen ohne Abzug von Schulden und Lasten; es besteht aus dem gesamten beweglichen und unbeweglichen, dem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft dienenden Vermögen der Eigentümer und aus dem Betriebsvermögen der Pächter.

Nehmen wir zuerst das landwirtschaftliche Grundvermögen. Es beträgt für 76 748 Steuerpflichtige in Baden insgesamt 683 253 000 RM; auf einen Pflichtigen kommen also 8 903 RM. Im Durchschnitt des ganzen Deutschen Reiches kommen auf einen Pflichtigen 19 861 RM. Unter den 18 Ländern des Reiches hat Baden, was den Vermögenssteuerwert für den einzelnen Pflichtigen angeht, die siebzehnte, zweifelhafte Stelle inne. Den höchsten Vermögenssteuerwert für jeden Pflichtigen weist unter den deutschen Ländern Mecklenburg-Schwerin auf mit 47 989 RM, den niedrigsten hat Waldeck mit 7 350 RM. Zu bemerken ist noch, daß die Reichsvermögenssteuer alle Vermögen bis 5 000 RM steuerfrei läßt, daß also die landwirtschaftlichen Vermögen bis 5 000 RM nur dann erfaßt sind, wenn das gesamte Vermögen, also die Summe der einzelnen Vermögensteile, mehr als 5 000 RM beträgt.

Was zweitens das Betriebsvermögen der Pächter angeht, so haben wir in Baden für 8 869 Steuerpflichtige einen gesamten Vermögenssteuerwert von 12 910 000 RM, auf einen Pflichtigen kommen also 1 456 RM. Die Durchschnittssumme für den Pflichtigen im Deutschen Reich ist 4272 RM. Baden nimmt hier unter den einzelnen Ländern des Reiches die niederste Stelle ein. An der Spitze der deutschen Länder steht diesmal Mecklenburg-Strelitz mit einem Vermögenssteuerwert von 20 689 RM auf den Pflichtigen, während Baden also für das Betriebsvermögen der Pächter mit 1 456 RM auf den Pflichtigen an letzter Stelle der Länder kommt.

Das gesamte landwirtschaftliche Pächtervermögen beträgt somit für Baden 696 163 000 RM.

Für den Umsatz in der Landwirtschaft zählt Baden 145 972 Steuerpflichtige. Der Umsatz beträgt 249 778 000 RM, auf einen Pflichtigen entfallen 1 711 RM Umsatz. Im Reichsdurchschnitt ist der Umsatz für einen Pflichtigen 3 159 RM. Baden hat für den Umsatz des einzelnen Pflichtigen die niederste Stelle unter den einzelnen Ländern des Deutschen Reiches inne. Bremen weist bei seiner zur „Landwirtschaft“ rechnenden Fischerei die höchste Umsatzzahl von 12 311 RM für den einzelnen Pflichtigen auf. An zweithöchster Stelle kommt Mecklenburg-Strelitz mit 11 294 RM. Die Umsatzzahlen sinken bei den deutschen Ländern herab bis zur niedersten von Baden mit 1 711 RM für jeden Pflichtigen.

Drittens nehmen wir das Einkommen und zwar einmal das der natürlichen Personen (Einkommensteuer) und zweitens das der nicht natürlichen Personen (Körperschaftsteuer). Voraussetzungen ist für das landwirtschaftliche Einkommen der natürlichen Personen, daß es in der Übersicht nur dann enthalten ist, wenn es in Verbindung mit anderen Einkünften über die steuerfreie Grenze von 1 100 RM hinausgeht.

In Baden sind also zur Einkommensteuer in der Landwirtschaft an natürlichen Personen 87 138 Steuerpflichtige vorhanden. Ihr steuerbares Einkommen beträgt insgesamt 82 370 000 RM, das macht auf den einzelnen Pflichtigen 945 RM aus. Im Reichsdurchschnitt kommt auf den Pflichtigen 1 314 RM. Baden hat hier unter den achtzehn deutschen Ländern den fünfzehnten, viertniedrigsten Platz inne. An oberster Stelle steht Bremen

mit 2583 RM, an niederster Stelle ist Waldeck mit 336 RM.

Von nicht natürlichen Personen sind in Badens Landwirtschaft 7 Steuerpflichtige vorhanden, mit einem steuerbaren Einkommen für die Körperschaftsteuer von 61 000 RM; es kommt somit auf jeden Pflichtigen 8 741 RM. Der Reichsdurchschnitt auf jeden zur Körperschaftsteuer Pflichtigen ist 10 275 RM. Baden steht hier am fünfthöchsten Platz unter den achtzehn Ländern bzw. unter den vierzehn deutschen Ländern, die hier für die Körperschaftsteuer in Betracht kommen, da die Statistik für vier Länder keine nicht natürlichen Personen in der Landwirtschaft nachweist. Von diesen vierzehn Ländern hat Anhalt hier das höchste steuerbare Einkommen auf den Pflichtigen mit 30 714 RM; dagegen besitzt Waldeck das niedrigste mit 130 RM. Das gesamte Einkommen aus Landwirtschaft in Baden beträgt also 82 438 000 RM.

Zum Abschluß bieten wir noch einige Verhältniszahlen für die Landwirtschaft in Baden. Auf das Hundert Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in Baden entfallen: für das Vermögen 13,49 Pflichtige mit einem Betrag von 122 356 RM; für den Umsatz 25,66 Pflichtige mit einem Betrag von 43 900 RM; für das Einkommen 15,32 Pflichtige mit einem Betrag von 14 489 RM.

Auf das Tausend Mark Vermögen entfällt ein Umsatz von 359 RM und ein Einkommen von 118 RM. Auf das Tausend Mark Umsatz entfällt ein Einkommen von 330 RM. Bei der Wichtigkeit gerade dieser letzteren Zahl sei noch der Vergleich mit dem Reich und den deutschen Ländern geboten. Nämlich der Reichsdurchschnitt ist 290 RM Einkommen auf das Tausend Mark Umsatz. Unter den achtzehn Ländern des Reiches steht hier Baden an siebthöchster Stelle. Den höchsten Betrag des Einkommens vom Tausend Mark Umsatz bietet von den Ländern des Reiches Hamburg mit 522 RM, den niedrigsten hat mit 67 RM Waldeck.

Reichskabinett und Besoldungsreform

Der „Tägl. Rundsch.“ zufolge wird sich das Reichskabinett voraussichtlich am morgigen Donnerstag vormittag noch einmal mit der Vorlage über die Erhöhung der Beamtenbesoldung beschäftigen und zwar vor allem mit der Einbeziehung der Warte- und Ruhestandsbeamten. Der Beratung des Kabinetts geht eine Tagung des interfraktionellen Arbeitsausschusses der Regierungsparteien voraus, der sich gleichfalls mit den noch ungelösten Fragen der Besoldungsreform befassen wird. Für die Warte- und Ruhestandsbeamten ist in dem Entwurf ein allgemeiner, für alle gleicher Zuschlag vorgesehen, der etwa dem Durchschnitt der Besoldungserhöhungen entspricht. Im Kabinett sowohl wie auch in den Kreisen der Regierungsparteien hat man jedoch die Notwendigkeit betont, auch den Warte- und Ruhestandsbeamten die Gehaltserhöhungen proportional in vollem Umfang zugeteilt werden zu lassen. Wie nach dem obengenannten Blatt verlautet, soll Reichsfinanzminister Dr. Köhler geneigt sein, dieser Regelung zuzustimmen. Ursprünglich war beabsichtigt, die entsprechende Kabinettsberatung bis zur Rückkehr des Reichsaußenministers aus Genf zu verschieben. Da Dr. Stresemann aber frühzeitig Ende dieser Woche in Berlin zurück erwartet wird und die Behandlung der Besoldungsfrage auf raschen Abschluß drängt, so wird das Kabinett bereits am Donnerstag sich entscheiden.

Die Reichsbahnarbeiterlöhne

Am Dienstag fanden bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften wegen einer allgemeinen Erhöhung der Bezüge für diese Arbeiterkategorien statt. Die Gewerkschaftsvertreter weisen darauf hin, daß in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten eine allgemeine Aufbesserung der Löhne erfolgen müsse, da der am 7. April d. J. verbindlich erklärte Schiedsspruch der Leuzerung keineswegs gerecht werde. Von Seiten der Hauptverwaltung wurde demgegenüber betont, daß weder die Rechtslage noch die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Löhne in der übrigen deutschen Industrie eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge rechtfertigen könne. In Fällen, wo die Löhne der Arbeiter der vergleichbaren Industrien höher seien, könnte evtl. durch Ortslohnszulagen ein Ausgleich geschaffen werden.

Preußen und das Reichsschulgesetz. Die preussischen Minister, die am Dienstag in Berlin zu einer Besprechungsüber das Reichsschulgesetz zusammengetreten waren, haben ihre Beratungen im Laufe des Nachmittags zu Ende geführt. In den Besprechungen nahm auch Ministerpräsident Braun teil. Im Laufe des Abends trat das preussische Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der mehreren Änderungsanträgen zugestimmt wurde. Die Stellung des Kabinetts zum Reichsschulgesetzentwurf soll mit einer eingehenden Begründung festgelegt werden.

Nach dem einstimmigen Wahlergebnis in Irland erhielt die Regierungskoalition 79 Sitze, von denen 12 auf die Unabhängigen und sechs auf die Landbündler entfielen. Die Opposition verfügt über 3 Sitze nämlich die republikanische Partei der Richtung de Valera 57, Arbeiterpartei 13, nationale Liga zwei und Arbeiterpartei einen Sitz.

Die Strafrechtsreform in Deutschland und Oesterreich

Der Strafrechtsentwurf vor dem Reichstagsausschuß

Der 32. Ausschuss des Reichstages (Sonderausschuß für das Strafgesetzbuch) trat heute, Mittwoch, um 10 Uhr vorm., in Berlin zu seiner 1. Sitzung in der sachlichen Beratung des umfangreichen Werkes zusammen. Das Reichsjustizministerium war bei Beginn der Sitzung durch den Staatssekretär Joel vertreten. Der Reichsjustizminister Dr. Gergt, der am Dienstag der Welttagung des Wiener Nationalrates über das gleiche Werk für Oesterreich anwohnte, war von seiner Reise noch nicht zurück, wurde aber noch für den Lauf der Sitzung erwartet. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast vollständig erschienen. Reichstagspräsident Lobe war anwesend. Die Beratungen wurden von dem Vorsitzenden des Sonderausschusses, Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) mit längeren Ausführungen über die bedeutendsten Aufgaben des Ausschusses und dem Geist, der dem Entwurf zugrunde liegt, eingeleitet.

Das neue österreichische Strafrecht

Der österreichische Nationalrat begann am Dienstag die erste Lesung des neuen Strafgesetzbuches. Der Sitzung wohnte auch der in Wien eingetroffene deutsche Reichsjustizminister Gergt bei.

Justizminister Dr. Dinghofer führte aus, der Entwurf sei im wesentlichen mit dem in Deutschland in Beratung stehenden Strafrechtsentwurf gleichlautend. Abweichungen ergäben sich nur, wo verfassungsrechtliche Gründe maßgebend waren. Der Minister dankte dem deutschen Justizminister Dr. Gergt und den deutschen Behörden, die den Gedanken der Rechtsangleichung bei der Aufstellung des Entwurfs gefördert haben und appellierte an das Haus, denselben Geist walten zu lassen, damit diese Aufgabe zu einem gedeihlichen Ende geführt werde. Während der deutsche Entwurf an der Todesstrafe für ein einziges Verbrechen noch festhalten zu müssen glaube, sei sie in Oesterreich durch das Bundesverfassungsgesetz für das ordentliche Verbrechen abge schafft worden. Hinsichtlich der praktischen Bedeutung der Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Oesterreich führte der Minister aus: Haben wir das gleiche Recht, dann trägt jede wissenschaftliche Bearbeitung des deutschen Gesetzes auch für uns wertvolle Früchte. Deutsche Logik und Gründlichkeit wird sich mit der vielfach freieren und manchmal vielleicht gegenüber den Forderungen des Rechtsgefühles nachgiebigeren österreichischen Rechtsauffassung paaren, und aus den gleichen Gesetzen wird allmählich ein gleiches Recht wachsen zum Segen der beiden Staaten und des gesamten deutschen Volkes. So soll ein nationales Denkmal errichtet werden, das dem deutschen Namen zur Ehre gereicht. Möge der große Augenblick nicht um kleinlichen Haders willen ungenützt vorübergehen (lebhafter Beifall und Handklatschen).

Zu Ehren des in Wien weilenden deutschen Reichsjustizministers Gergt fand beim österreichischen Justizminister Dr. Dinghofer ein Frühstück statt. Dr. Dinghofer brachte einen Trinkpruch auf den Reichsminister aus, den dieser in längerer Rede erwiderte, wobei er der Bedeutung des Tages hinsichtlich der Entwicklung des Rechtes in Oesterreich und der Rechtsangleichung mit Deutschland gedachte.

In einem Gespräch mit dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ erklärte Reichsminister Dr. Gergt: Ich komme nicht in politischen Angelegenheiten, sondern als Kollege zum Kollegen, aber erfüllt von dem Bewußtsein der Bedeutung dieses Tages, an dem bis auf drei Punkte, Todesstrafe auf das Verbrechen des Mordes, Abtreibung und Sicherheitsverwahrung, völlig übereinstimmende Gesetzeswerke dem Parlament übergeben wurden. Das ist ein Beweis daß trotz der Verschiedenheit in vergangenen Jahrzehnten die sittliche Grundanschauung beider Völker sich doch völlig übereinstimmend entwickelt hat, und andererseits ein Beweis für die Kraft des Deutschumgedankens, der Deutschumgedankens als solcher. Mit diesem Rechtsangleich erfolgt ein Riesenschritt weiter, typisch für die kulturelle Angleichung, die ja für beide Völker noch unendliche Möglichkeiten bietet und von größtem Segen für beider Zukunft sein wird.

Ehrgang des Reichsministers a. D. Dr. Külz. Reichsminister a. D. Dr. Külz erhielt vom Deutsch. Roten Kreuz das Ehrenzeichen 1. Klasse als höchste vom Roten Kreuz zu vergebende Auszeichnung. Das Rote Kreuz beabsichtigt damit, seinen Dank für die Förderung Ausdruck zu verleihen, die Dr. Külz bereits als Reichsminister des Innern der Arbeit des Roten Kreuzes hat angedeihen lassen, und für die ausschlaggebenden Verdienste, die er als Präsident der Internationalen Staatenskonferenz vom Juli d. J. um das Zustandekommen des Weltfriedensverbands gehabt hat.

Der französische Kardinal Billot hat dem Papst sein Mandatsschreiben überreicht. Es scheint, daß der zurücktretende Geistliche die Politik des Papstes gegenüber Frankreich und besonders des Kardinals Casparri gegenüber der Action Francaise nicht billigt.

Der Kampf zwischen dem polnischen Sejm und der Regierung ist nicht entschieden, sondern aufgeschoben worden. Obgleich man schon am Dienstag morgen von der Möglichkeit einer Vertagung der Session sprach war man doch überzeugt, als gleich nach Beginn der Nachmittagsitzung Wigeministerpräsident Dr. Bartel die Verfügung des Staatspräsidenten Bilsulski verlas, die die Vertagung der Session um 30 Tage anordnete. Unter den Abgeordneten hat dieser Schritt der Regierung Erregung hervorgerufen. Sofort traten die führenden Klubs zu Beratungen zusammen.

Politische Neuigkeiten

Forderungen der Kriegsbeschädigten

Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hat in einer neuen Denkschrift, die jetzt den maßgebenden Regierungsstellen zugeht, ihre Stellungnahme zu dem Entwurf eines Kriegsschadenschlussgesetzes festgelegt und eingehend begründet. Es wird betont, daß der Regierungsentwurf nicht als Schlußgesetz, sondern nur als Zwischenlösung in Frage kommen könne. Ein endgültiger Wiederaufbau erscheint bei den Sägen des Entwurfes unmöglich. Die Arbeitsgemeinschaft hält demgegenüber an ihren Vorschlägen (2,8 Milliarden) fest. Es wird ausgeführt, daß dieses Programm statt 166 Millionen Reichsmark nur 100 Millionen Reichsmark jährlich kostet, wenn, wie der Regierungsentwurf vorsieht, etwa eine Milliarde Reichsmark durch Veräußerung und Reichsvermögen bereitgestellt wird. Auch könnte ein Teil der Mittel aus Ersparnissen, die das Reich z. B. an der Erwerbslosenfürsorge gemacht hat, bereitgestellt werden. Die Arbeitsgemeinschaft führt weiterhin aus, daß im Regierungsentwurf geradezu für den Wiederaufbau die wichtigsten Gruppen stark benachteiligt werden.

Deutschnationaler Parteitag in Königsberg

Der diesjährige Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei nahm am Dienstag in Königsberg (Preußen) mit einer Sitzung der Parteileitung seinen Anfang. U. a. nahmen an den Beratungen die deutschnationalen Reichsminister v. Reudell, Schiele und Dr. Koch teil. Den Vorsitz führte anstelle des noch in Baden weilenden Dr. Hugenberg der Reichstagsabgeordnete Leopold.

Als Auftakt zum Parteitag fand heute eine Wirtschaftstagung der Deutschnationalen Volkspartei statt, auf der nach verschiedenen Referaten über Landwirtschaft, Handel und Siebungspolitik eine Entschließung angenommen wurde, in der es heißt: „Die Blüte der heimischen Landwirtschaft ist die Grundlage eines gesunden Binnenmarktes und dieser wiederum die Voraussetzung eines konkurrenzfähigen Exportes, den Deutschland benötigt, um die ausländischen industriellen Rohstoffe und landwirtschaftlichen Futtermittel einkaufen zu können. Die Blüte der heimischen Landwirtschaft ist darüber hinaus die Vorbedingung für jede tatsächliche Siebungspolitik, deren Ziel darin bestehen muß, auf eigener Sohle lebensfähige, wirtschaftlich leistungsfähige, heimatsfrohe und heimatbezügliche Menschen heranzuziehen.“

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sprach über die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft. Durch die stark hereinströmenden Auslandskredite, die eine Inlandskonjunktur zur Folge haben, sei es schwierig, ein klares Bild unserer Zahlungsbilanz zu bekommen. Das gefährliche der Auslandskredite seien die nach Milliarden zählenden kurzfristigen Kredite. Von den drei die Passivität unserer Zahlungsbilanz bestimmenden Posten, Transfer, Auslandszinsen, Einfuhrüberschuß, ist der letzte, die Passivität unserer Zahlungsbilanz, derjenige, bei dem wir mit Aussicht auf Erfolg einsehen können. Was uns der Versaillesvertrag an Land und Gut geraubt hat, müssen wir durch gesteigerte Arbeitsenergie ersetzen und zwar besonders durch Ansehen dieser Energie an der deutschen Scholle.

Auf einer Tagung der deutschnationalen Beamten sprach auch Reichsverkehrsminister Dr. Koch, der u. a. ausführte, ein erheblicher Teil der Schwierigkeiten, die in der Beamtenbeförderung zu überwinden seien, liege nicht beim Reiche, sondern in der Rücksichtnahme auf die Länder.

Reichsminister des Innern v. Reudell, sagte, daß über die verschiedenen Differenzpunkte, die das politische Leben so stark beeinflussen, wie über die Flagenfrage, bei den nächsten Wahlen die Entscheidung fallen werde. Bezüglich der Beförderung seien die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Im Anschluß an die Beförderungserklärung wurde dem Reichspräsidenten eine Vorlage über die Amtsbezeichnungen überreicht. Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß Gerüchten zufolge die Kosten der Beförderung auf dem Umwege über die Festsetzung des Dienstalters zum Teil wieder eingespart werden sollten, erklärte v. Reudell, daß weder in der Frage der Überleitungsbestimmungen noch in der der Pensionen bisher im Kabinett eine Übereinstimmung erzielt worden sei. Eine Entschließung wurde angenommen, in der es heißt, von der Reichsregierung müsse die unverzügliche Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung der Verhältnisse der Parteistandbeamten durch die deutschnationale Reichstagsfraktion gefordert werden. An die Parlamentsfraktionen des Reichstages und der Landtage wird das Ersuchen gerichtet, dafür einzutreten, daß den Zivilistenberechtigten mindestens sechs Jahre ihrer Militärdienstzeit auf ihr Beförderungsdienstalter als Beamte angerechnet werden. Der Reichsausschuß fordert die Parteileitung auf, dafür zu sorgen, daß das bereits 1919 von der damaligen Regierung der Weimarer Koalition zugesicherte neue Beamtenrecht endlich geschaffen und dabei vor allem die Rechte der Ruhestandsbeamten in vollem Umfang gesichert werden.

Die kommunale Finanzpolitik

Der Finanzausschuß des Deutschen und Preussischen Städte-tages verhandelte über wichtige Fragen der kommunalen Finanzpolitik. Der jetzt geltende Finanzausgleich in Preußen, insbesondere die gegenwärtigen Einkommen- und Körperschaftssteuerverteilung wird, so wurde erklärt, von den Gemeinden als unzulänglich empfunden. Es wird eine stärkere Berücksichtigung des örtlichen Aufkommens gefordert. Scharfe Kritik wurde an der Politik der Beratungsstellen für Auslandsanleihen geübt. Der berechtigte Kreditbedarf der Städte für verbundene Zwecke und für Wohnungsbau müsse wenigstens in gleichem Maße Berücksichtigung finden, wie der Kreditbedarf der privaten Wirtschaft. Allgemein wurde die Notwendigkeit einer durchgreifenden Beförderungsreform anerkannt, jedoch wurden ernste Besorgnisse laut, wie die dadurch notwendig werdenden Mehrausgaben ohne eine Änderung des Finanzausgleichs aufgebracht werden sollen. Während das Reich die Beförderungsreform aus laufenden Einnahmen bestreiten könne, sollen die Einnahmen der Gemeinden durch die in Aussicht genommenen neuen Steuergesetze weiterhin abgebaut werden. Dadurch würde eine große Anzahl solcher Gemeinden in ernste finanzielle Bedrängnis geraten.

Erfassung am 27. September. Bis aus Berlin gemeldet wird, findet am Dienstag, den 27. Sept. die Erfassung der fünften Klasse der vorletzten (28.) preussischen Klassenlotterie statt. Bei der bekanntlich zwei Beamte der Lotteriedirektion zwei große Gewinne auf betrügerische Weise in die Hände spielten. An dieser Erfassung nehmen sämtliche Lose teil, die damals mit einem Gewinn unter 100.000 RM herausgekommen oder leer ausgegangen sind.

Chamberlain in Cannes. Chamberlain ist von Genf kommend am Dienstag in Cannes eingetroffen. Er hat sich an Bord der Nacht eines Freundes begeben, die zu einer etwa dreiwöchigen Kreuzerfahrt im Mittelmeer ausgelaufen ist.

Die Genfer Völkerbundstagung

Die Völkerbundsversammlung

trat Dienstag vormittag zur Entgegennahme und Genehmigung der ersten Schlußberichte wieder zu einer Vollversammlung zusammen. Zur Behandlung standen ausschließlich Berichte des zweiten Versammlungsausschusses über technische Organisationen und des fünften Ausschusses über humanitäre und soziale Fragen. Die Berichte wurden ohne oder nach kurzer Aussprache von der Versammlung genehmigt.

In dem Bericht über die Bekämpfung des Handels mit Opium und anderen Rauschgiften wird an die Regierungen appelliert, ihre Verpflichtungen zur aktiven Unterstützung dieses Kampfes zu erfüllen und energische Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere die Bezugsquellen der Rauschgift-händler aufzudecken. Zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels wird unter Hinweis auf die neue deutsche Gesetzgebung und auf deutschen Antrag der zuständige Völkerbunds-ausschuß sich mit der Möglichkeit der allgemeinen Unterdrückung der öffentlichen Häuser in allen Ländern befassen. — Der Tätigkeitsbericht des Hygieneausschusses erinnert an die wertvollen Verdienste, die die Funktionäre durch wöchentliche Übermittlung der Bulletin über den Epidemienstand in allen Staaten der Welt und durch die regelmäßige Bekanntgabe internationaler Bulletin über die letzte Grippewelle sich erworben hat. — Nach Verweigerung des italienischen Angebots auf Errichtung eines Lehrstuhls für internationale Zusammenarbeit und nach Annahme eines Berichtes über das Flüchtlingswerk in Bulgarien wurde der Bericht des Wirtschaftsausschusses genehmigt, mit dem die Völkerbundsversammlung die ersten Maßnahmen des Rates zur Verwirklichung der Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz billigt und die Hoffnung auf vollen Erfolg der bevorstehenden diplomatischen Konferenz zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote ausdrückt.

Die religiösen Punkte der Tagesordnung, darunter auch der von Dr. Breitscheid zu erstattende Bericht über die internationale geistige Zusammenarbeit, wurden auf die nächste Vollversammlung vertagt. Der Antrag auf Behandlung der Alkoholfrage, der auch dieses Jahr wieder von Dänemark, Norwegen, Finnland und Polen gestellt worden war, ist, wie Präsident Guani mitteilte, von den Antragstellern zurückgezogen worden. Er soll im nächsten Jahre in neuer Fassung wieder vorgebracht werden.

Die Arbeiten des Abrüstungsausschusses

In der vertraulichen Sitzung des Interkommunales der Abrüstungskommission kam es in Genf Dienstag nachmittags, nachdem Paul Boncour und Graf Bernstorff nochmals ihre Anträge vertreten hatten, zur Bildung eines Redaktionskomitees. Dieses Komitee, dem Graf Bernstorff und Paul Boncour, ferner u. a. der Vorsitzende des Ausschusses, Bensch, angehören, hat den Auftrag, die beiden Vorschläge, wenn möglich auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Dabei soll der dem deutschen Standpunkt widersprechende Teil des französischen Antrages beseitigt und der deutsche Standpunkt, monach der vorbereitende Abrüstungsausschuß keinesfalls mit politischen Fragen belastet werden soll, vollkommen aufrecht erhalten werden.

In seinen Beratungen am Dienstag hat der Redaktions-ausschuß versucht, einen einheitlichen Text aufzustellen, der als Grundlage für die Fortführung der Arbeiten in Frage kommt. In dem bisher skizzierten Entwurf sind drei wesentliche Punkte enthalten: 1. Ausdehnung des Schiedsverfahrens, damit das Vertrauen geschaffen wird, das den Erfolg der Abrüstungskonferenz sicherstellt, 2. gemäß dem Antrag Graf Bernstorffs das Erreichen an den Rat, die vorbereitende Abrüstungskonferenz zur Beschleunigung ihrer Arbeiten aufzufordern, damit die endgültige Abrüstungskonferenz möglichst bald stattfinden kann, 3. Schaffung eines besonderen Komitees durch den vorbereitenden Abrüstungsausschuß, dem alle Völkerbundsmitglieder dieses Ausschusses angehören, um die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit zu fördern. Auf deutscher Seite sieht man zu diesem Punkte auf dem Standpunkt, daß eine vollkommene Lösung dieses besonderen Komitees von dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß nötig sei. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt, nachdem deutscherseits eine eigene Formulierung zu diesem Plan aufgestellt sein wird.

Die deutsche Delegation als Gast der deutschen Pressevertreter Die in Genf zur Zeit anwesenden deutschen Pressevertreter gaben Dienstag mittag Reichsminister Dr. Stresemann und einigen anderen Mitgliedern der deutschen Delegation ein Frühstück. Im Namen der deutschen Presse begrüßte Chefredakteur Dr. Stern-Rubarth (W.B.) die Gäste, während der Reichspressesekretär, Ministerialdirektor Dr. Behl in launiger Weise die Zusammenarbeit zwischen Delegation und Presse und das deutsche Mitglied der deutschen Presseabteilung des Völkerbundes, Dr. Beer, die Standaufgaben des Journalismus in Genf hervorhob.

Reichsminister Dr. Stresemann wies in warmen Worten auf die Entwicklung der deutschen Mitarbeit im Völkerbund und auf die verantwortungsvolle Aufgabe der Presse hin, die Einwirkungen der besonderen Genfer Atmosphäre mit den politischen und journalistischen Anforderungen der Heimat in Einklang zu bringen.

Neue Todesurteile in Litanen. Von 20 Angeklagten, die der Beteiligung an der Lantogener Revolte überführt wurden, sind acht zum Tode, neun zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sieben Todesurteile wurden in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, der achte Verurteilte sofort nach Urteilsverkündung hingerichtet. In Kovno und in Schaulen sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden. — Der litauische Innenminister Musteikis tritt wieder zum Militär über, dem er als Oberleutnant der Reserve angehört. Als sein Nachfolger ist Jankinskas vorgesehen.

Zusammenstöße in Besancon. In Besancon kam es dort am Montag eines Versuchs der Kommunisten, eine Kundgebung gegen die amerikanische Legion zu veranstalten, zu Zusammenstößen. Die Kommunisten versuchten, nachdem die Polizei einen ihrer Führer verhaftet hatte, das Polizeikommissariat zu stürmen. Es mußten britische Gendarmen und Militär aufgeboten werden. Einige Polizeibeamte sind durch Steinwürfe leicht verletzt worden.

Einigung zwischen Hankau und Peking. Nach Londoner Nachrichten haben die Bepredungen zwischen den Vertretern der beiden sibirischen Regierungen zu dem Beschluß der Verschmelzung der Regierungen von Hankau und Peking geführt. Die neue nationalistische Regierung in Peking soll von einem Ausschuß aus fünf Mitgliedern der Kuomintang-partei kontrolliert werden. Die Vollzugsgewalt untersteht sieben Ministern und zwei Räten.

Die Hotels zur Flagenfrage

Der Reichsverband der deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe, der am Dienstag in Magdeburg versammelt war, hat sich auch mit der Flagenfrage beschäftigt. Am Schluß der Aussprache wurde dem „Totalanzeiger“ zufolge eine Entschließung einstimmig gefaßt, in der es heißt: „Der Reichsverband lehnt als rein wirtschaftliche Organisation jede politische Stellungnahme ab. Der Reichsverband billigt die Entschließung des Berliner Vereins und ruft im Sinne dieser Stellungnahme seine Mitglieder im Reiche auf, die Häuser am 2. Oktober zu Ehren des Reichsoberhauptes festlich zu beflaggen.“ — Der Aufruf des Vereins Berliner Hotels und verwandter Betriebe richtet an dessen Mitglieder die Bitte, den Geburtstag des Reichspräsidenten unter keinen Umständen unter dem Flagenstreit oder dem Boykott leiden zu lassen. Wir rufen daher unsere Mitglieder auf, am 2. Oktober die Häuser festlich zu schmücken und zu beflaggen. Keinen zuleide und keinem zuleide wir in dem großen Deutschen die ruhm- und ehrenvolle Vergangenheit und die arbeits- und schicksalsschwere Gegenwart des Deutschen Reiches ehren.“ Dieser Beschluß der Hotelbesitzer soll derart ausgeführt werden, daß am 2. Oktober schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold gehißt wird.

Die deutsche Sprache im elsass-lothringischen Schulunterricht

Die lange erwartete Schulreform, ist nun endlich durch einen Erlaß des Straßburger Ministers an die elsass-lothringischen Schulinspektoren angeordnet worden. Die Forderungen des elsass-lothringischen Volkes gingen bekanntlich dahin, daß der Unterricht in der deutschen Sprache mit dem ersten Schuljahr beginnen und mit fortschreitender Befestigung der deutschen Sprachkenntnisse in den späteren Schuljahren allmählich durch das Französisch abgelöst werden sollte, sowie daß schließlich die obligatorische Schulprüfung die erreichten deutschen Kenntnisse feststellte. Statt diese Forderungen zu erfüllen, hat nun die Schulbehörde sich darauf beschränkt, dem deutschen Sprachunterricht während eines halben Jahres im zweiten Schuljahr zwei Wochenstunden zu widmen. Vom dritten Schuljahr an, bleibt es bei der bisherigen, allgemein als ungenügend anerkannten Regelung, daß drei Wochenstunden Sprachunterricht erteilt und vier Religionsstunden in deutscher Sprache abgehalten werden sollen.

Die deutsche Außenhandelsbilanz. Wie aus Berlin gemeldet wird, weist die Außenhandelsbilanz für den Monat August 1927 gegenüber den Vormonaten eine Besserung auf. Während sich im Laufe des Juli 1927 der Einfuhrüberschuß noch auf 430 Millionen RM bezifferte, ist der Passivsaldo für den Monat August auf 292 Millionen RM und zwar hauptsächlich infolge Verminderung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr zurückgegangen.

Eine außerordentliche Session der französischen Kammer. Wie der Vorsitzende des Finanzausschusses der französischen Kammer, Abg. Waluy, mitteilte, ist zwischen ihm und Ministerpräsident Poincaré nunmehr endgültig vereinbart worden, daß das französische Parlament seine Arbeiten am 18. Okt. wieder aufnehmen wird. In der Hauptsache wird die außerordentliche Session durch die Diskussion über das Budget 1928 ausgefüllt werden. Die ordentliche Session beginnt in den ersten Januartagen.

Verschiedenes

Ostafrikanischer Künnedee

Der deutsche Flieger Künnede, Graf Solms und der Junker Hermann sind am Dienstag mit der „Germania“ auf dem Flugplatz Buchweilerhof bei Rahn zum Ostafrikanerflug gestartet, den sie an Stelle des geplanten Amerikafluges unternehmen. Die „Germania“ brauchte etwa 30 Stunden, um sich nach einem Anlauf von 450 Meter von der Erde abzuhängen. Die geplante Route ist Wien—Budapest—Konstantinopel—Angora, wo die erste Zwischenlandung vorgenommen werden soll. Wie sich der Flug von dort aus vollziehen wird, darüber war sich Künnede im Augenblick des Abfluges noch nicht im klaren. Falls die Wetterlage über dem Balkan ungünstig sein sollte, wollten die Flieger entweder die Donau oder die Schwarze Meerflüsse entlang fliegen. Das Flugzeug hat ein Gesamtgewicht von rund 3300 Kilogramm, darunter 1280 Kilogramm Benzin und 1500 Kilogramm Öl. Das Flugzeug wurde am Dienstag nachmittags 3.45 Uhr über Frankfurt a. M., um 4.50 Uhr über Nürnberg und um 1.48 Uhr abends über Wien gestiegen. Am 8.27 Uhr abends wurde Budapest überflogen. Künnede hat für die 225 Kilometer lange Strecke Wien—Budapest eine Stunde 15 Minuten gebraucht, was einer Stundengeschwindigkeit von 180 Kilometer entspricht. Künnede überflog kurz nach Mitternacht Belgrad. Das Flugzeug setzte nach einigen Stunden seinen Weg nach Südosten fort.

Doch noch ein Junkers-Ozeanflug?

Wie die „D. Z.“ berichtet, sieht seit einigen Tagen in Norberney eine dreimotorige Junkersmaschine vom Typ G 24 zu einem Ozeanflug nach Amerika bereit. Das Flugzeug soll in absehbarer Zeit den Flug über den Atlantischen Ozean antreten. Die Route geht über die Azoren, wo eine Zwischenlandung vorgesehen ist. Von dort wird das Flugzeug, dem Kurs der atlantischen Dampferlinien folgend, nach Amerika weiterfliegen. Das Unternehmen wird von einer nicht bekannten Seite finanziert, während die Junkerswerke lediglich Maschine und Führer stellen. Zweifellos dürften einige der besten Langstreckenflieger der Junkerswerke für den Flug ausersehen sein. Hierzu erzählt das W.B., daß in Berliner Luftfahrtkreisen seit einigen Tagen Gerüchte über dieses Projekt im Umlauf sind. Von den Junkerswerken wird aber entschieden dementiert, daß sie an dem Unternehmen beteiligt seien. Es wird hinzugefügt, daß die Junkerswerke natürlich nicht wissen, was mit einer Maschine geschieht, die von ihnen gebaut und verkauft worden ist.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Infolge anhaltender Warmluftzufuhr und zeitweiliger Einstrahlung bei Aufheiterungen stiegen die Temperaturen gestern bei uns weiterhin an und überschritten in der Rheinebene bereits 20°. Strömweise kam es noch zu leichten Nachregnen. Heute morgen herrscht in Südbaden wolkenloses Wetter. Über Nordbaden liegt stellenweise noch leichte Bewölkung. Der Hochdruckwolk hat bei Temperaturumkehr sehr gute Alpenficht. Es ist anzunehmen, daß die Aufheiterung auf der Vorderseite der neuen vor England liegenden Zyklone bei uns heute noch größtenteils anhalten wird. Für morgen müssen wir jedoch wieder mit dem Auftreten neuer Bewölkung rechnen. Insbesondere stellt der Durchzug eines über Westfrankreich liegenden Tiefdruckausläufers später auch Regen in Aussicht. Eine wesentliche Änderung ist vorerst nicht zu erwarten. Wetterausblick für 22. Sept.: Zunehmende Bewölkung, später auch Regen, Temperaturen wenig verändert.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132 378
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigster Berechnung
Große Auswahl

Badischer Teil

Der Zusammenschluß der süddeutschen Kraftwerke

Die Generalversammlung der Württembergischen Landes-elektrizitäts-A.G. in Stuttgart genehmigte am Dienstag einmütig die beantragte Kapitalerhöhung von 2,5 auf 7,5 Millionen M. Diese Kapitalerhöhung dient dem Neubau einer 100-kV-Leitung von Oberürschheim nach Pforzheim durch die Württembergische Landesversorgungs-A.G. Da-durch wird auch eine Verbindung zwischen Bayern und Baden geschaffen. Die nach dem Zusammenschluß in Verbindung stehenden Netze der drei Länder haben eine Länge von ins-gesamt 1600 Kilometer. An diese Leitungsanlagen sind Wasserkraft- und Dampfkraftwerke mit einer Maschinen-leistung von mehr als 600 000 Kilowatt und 1 000 000 PS angeschlossen.

In der Generalversammlung wurde über den Plan, wie Stuttgartgatter Plätter melden, u. a. folgendes vorgebracht:

Die Inanspruchnahme der bestehenden, seit dem Jahre 1924 mit 100 kV betriebenen Leitungsanlagen durch die mit der Württ. Landeselektrizitäts-A.G. verbundenen Werke ist stetig in solchem Maße gestiegen, daß die Verbindung mit dem Badenwerk nicht länger aufgeschoben werden kann. Mit diesem Zusammenschluß wird erreicht, daß die Betriebs-sicherheit der Anlagen der Württ., zu denen die abnehmenden Werke, wie sich aus der Steigerung der Stromentnahme er-gibt, bisher das größte Vertrauen hatten, durch die Verfor-gungsmöglichkeit von Osten und Westen noch weiter gesteigert wird. Der Plan der Herstellung einer Verbindung mit dem badischen Kraftanlagen wurde sowohl vom Badenwerk, als auch von der Württ. durch die Errichtung der 100-kV-Leitungsstrecken Scheiblarthar-Pforzheim und Oberürschheim-Fellbach, die zunächst mit niedrigen Spannungen betrieben wurden, vorbereitet. Es ist deswegen jetzt nur noch das rund 60 Kilometer lange Leitungsstück Fellbach-Pforzheim, das auf württembergischer Seite von der Württ. und auf badischer Seite vom Badenwerk errichtet wird, auszubauen. Der Zu-sammenschluß der Leitungsanlagen der drei Landeselektri-zitätsunternehmen ist nicht nur für die Wasserkraftaus-nützung in Bayern und Baden, sondern auch für die gesamte württembergische Industrie und Wirtschaft von größter Be-deutung, weil dadurch die Dedung des rapid wachsenden Bedarfs an elektrischer Kraft aus den größten Wasserkraft-werken Bayerns und Badens in noch weiterer Nähe als bis-her möglich ist. Die nach dem Zusammenschluß in direkter Verbindung miteinander stehenden 100-kV-Netze der drei Länder haben eine Länge von insgesamt 1600 Kilometer. An diese Leitungsanlagen sind Wasserkraft- und Dampfkraft-werke mit einer Maschinenleistung von mehr als 600 000 kW oder rund 1 Million PS angeschlossen.

Der vorliegende Plan zerfällt, soweit es die Württ. be-trifft im wesentlichen in drei Hauptteile, und zwar: 1. Die Errichtung der etwa 50 Kilometer langen 100-kV-Strecke Oberürschheim-Binade (Landesgrenze), 2. die Erweiterung des Unterwerks Oberürschheim und Aufstellung eines 30 000 kVA-Dreiwandlungstransformators dort, sowie Verbesserung der 100-kV-Eckeinrichtungen im Unterwerk Sögen, 3. die Schaffung einer Leitungsverteilungsstelle mit einer Anlage für Nachrichtenübermittlung in Oberürschheim.

Die auszuführenden Leistungsbauten bestehen in der Er-gänzung der etwa 6 1/2 Kilometer langen, bereits vorhandenen 100-kV-Leitung Oberürschheim-Fellbach durch Auflegung eines zweiten Leitungsnetzes, sowie in der Errichtung der neuen Leitung von Fellbach bis zur Landesgrenze bei Binade. Die Übertragungsfähigkeit der Leitung beträgt bei Vollausbau mehr als 60 000 kW. Für die Verteilung des vom Baden-werk zu beziehenden Stromes ist die Erweiterung des Unter-werks Oberürschheim, insbesondere die Aufstellung eines Transformators für eine Leistung von 30 000 kVA notwen-dig. Hierdurch wird die Transformatorleistung des Unter-werks Oberürschheim auf 65 000 kVA erhöht.

Die Kosten der betriebsfertigen Anlagen für den Zusam-menschluß mit dem Badenwerk und für die notwendigen Ver-besserungen der bestehenden Anlagen sind zu 2,3 Millionen M veranschlagt.

Landestagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten

Die Gaufachgruppe der Angestellten bei Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, veranstaltete am Sonntag, 18. Sep-tember, vormittags 11 Uhr im „Café Rodad“ zu Karlsruhe eine Landestagung, die von dem Geschäftsführer der Orts-gruppe des GWA Kempf, Karlsruhe, eröffnet und geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der bis-herige Gaufachgruppenvorstand (1. Vorsitzender Kammergier, Mannheim, 2. Vorsitzender Berghammer, Heidelberg, 1. Schriftführer, Kölmel, Mannheim, 2. Schriftführer Bühler, Ludwigshafen a. Rh.) einmütig wiedergewählt. Der Leiter der Tagung begrüßte insonderheit als Gast den stellvertretenden Direktor des Arbeitsamtes Karlsruhe, sowie die Vertreter des GWA aus dem besetzten Gebiet.

Reichsfachgruppenleiter Rudolf Wasmann, Berlin, behan-delte Johann in 1 1/2 Stunden, eingehenden Ausführungen das Thema „Das Dienstrecht der Behördenangestellten“. Von der Tatsache ausgehend, daß für die Arbeitsnachweis-, Behörden-, Handel- und Industrie- u. a. Angestellten kein einheitliches Dienstrecht besteht, wies der Referent auf die daraus entstan-denen großen Nachteile bei Regelung der Tarifbestimmungen hin. Der Abzug des Krankenlohnbezuges vom Gehalt, das Zeitangestelltensystem, der Kündigungsschutz, die Dienstbefol-gung- und Verwaltungsreform seien brennende Tagesfragen. Die beste und tragbarste Verwaltungsreform, so führte der Redner aus, wäre diejenige, die eine verstärkte Mitarbeit der Verwaltungsbeamten zuliehe. Die dauernde Weiterver-wendung von Angestellten im Reichs-, Staats- und Gemeinbedienst trage durchaus dem Bedürfnis einer wirtschaftlichen Verwaltungsmethode Rechnung. Weiterhin gab der Redner seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch die heute aus allen Orten des Gau's Baden, Pfalz, Saar Versammelten den Kampf um die Anerkennung des Rechts auf Arbeit an der Verwaltung unter voller Achtung des Berufsbeamten-tums führen werden, jedoch auch von den Beamten und ihren Verbänden sowie von deren Führern erwarten, daß sie sich diesen Bestrebungen nicht entgegenstellen. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde eine Ent-scheidung einmütig angenommen, in der die Versammlung den Ausführungen des Redners beitrifft und zum Ausdruck bringt, daß die Verwaltungsgestellten gewillt sind, sich für die Verbesserung ihres Dienstrechts voll und ganz einzusetzen und den vom GWA gestifteten Zielen unbedingbar zuzustimmen.

Als zweiter Referent vorbereitete sich der Geschäftsführer des GWA, Mannheim, Fuhrmann, über das Thema „Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Nach Detaillierung des Aufbaus, der Aufgaben, des Personenkreises und der Lei-stungen des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes betonte der Redner den innigen Zusammenhang dieser Faktoren. Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz sei ein weiterer bedeut-samer Baustein im sozialen Staatsleben, da es eines der größten und schwierigsten Probleme, das die Menschheit bis-her bedrückt hat, die unverschuldete Arbeitslosigkeit, in gün-stiger Weise regelt. Den unfreiwillig Arbeitslosen wird

durch Berufsberatung, Arbeitsvermittlung usw. zu einer neuen Existenz verholfen und falls dies nicht gelingt, durch Unterstützung die Not gemildert und er so vor körperlichem, seelischem und geistigem Untergang bewahrt. — Den eben-falls mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte nach der Mittagspause eine sehr anregende Aussprache.

Forstlicher Lehrgang für Waldbesitzer

Der Badische Waldbesitzerverband veranstaltet in der Zeit vom 26. bis 28. Oktober in Billingen einen Lehrgang für Waldbesitzer und lädt zur Teilnahme besonders Besitzer mittlerer und kleinerer Betriebe ein. Der Kurs ist unentgeltlich. Unterkunft kann in der Waldhauerschule zu sehr mäßigem Preis gewährt werden. Vormittags finden Vorträge, nachmittags Waldgänge statt. Die Veranstaltung ist derart ein-gerichtet, daß jeder Besucher für seinen Betrieb praktischen Gewinn haben kann. Anmeldungen sind an die Geschäfts-stelle des Badischen Waldbesitzerverbandes in Billingen zu richten, wo näheres zu erfahren ist.

Landesversammlung des Evang. Bundes

Die Landestagung des Evang. Bundes für Baden, der in diesem Jahre auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken kann, nahm am Samstag abend in Vahr ihren Anfang. Ein Ver-gnügensabend im Nappensaal, der eine große Anzahl Red-ner, Vorträge usw. brachte, leitete die Tagung ein. Am Sonntag vormittag fanden Festgottesdienste in den beiden evangelischen Kirchen und in den Kirchen der Nachbargemeinden statt, wobei auswärtige Geistliche predigten. In einer evangelischen Volksversammlung am Nachmittag sprach Geh. Oberkirchenrat Dr. Maier, Karlsruhe, über „Evangelischer Bund und Staat“, Schulrat Karlsrue, Freiburg, über „Evangelischer Bund und Schule“ und in Verbindung des Prof. Dr. Brauß, Mannheim, Pfarrer Jäger von Marlenhof bei Kirchgarten über „Evangelischer Bund und soziale Fragen“. Ein Festabend im Nappensaal brachte einen Vortrag des Dr. Ohlsmüller, Berlin, über das Thema „Wetterzeichen der Gegenwart“. Der Landesvorsitzende, Pfarrer Rath, Mannheim, kennzeichnete die Tätigkeit des Evang. Bundes in Baden in den letzten 40 Jahren. Ein Festspiel aus dem Leben Dr. Martin Luthers beschloß den Abend. Die ge-schäftlichen Verhandlungen der Tagung begannen Montag vormittag.

Aus den Parteien

In Mannheim fand eine Sitzung der Süddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, die die Wahl-treue Baden, Hessen, Pfalz und Württemberg umfaßt, statt, um zu dem Entwurf für ein Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Nach einem Referat des Landtagsab-geordneten Oskier wurde eine Entschließung angenommen, die lautet: „Die Süddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei verlangt, daß 1. in dem zu schaffenden Reichsschulgesetz die in der Reichsverfassung gewähr-leisteten Vorzugstellungen der Gemeinschaftsschule vor den beiden anderen Schularten festgelegt wird, 2. in allen Län-dern, in denen eine nach den Erkenntnissen nicht getrennte Schule besteht, diese Schule unbedingt erhalten bleibt, und 3. in allen Schulgattungen die Staatshoheit durch unabweis-bar-feste Bestimmungen festgelegt wird.“

Zum 9. Reichsjugendherbergsfest in Heidelberg

Am 1. und 2. Okt. findet in Heidelberg der 9. deutsche Reichsjugendherbergsfest des Verbandes für deutsche Jugend-herbergen statt. Diese Tagung wird wohl eine der bedeuten-dsten sein, die das Land Baden jemals zu Gast gehabt hat. Im ganzen Deutschen Reich und weit über seine Grenzen hinaus sieht man auf die Beschlüsse, die von dieser Tagung ausgehen werden. Als im Jahre 1919 auf Burg Altena, der ersten deutschen Jugendherberge, zum erstenmal ein Reichsjugendherbergsfest stattfand, zählte man in Deutsch-land noch ca. 200 Herbergen mit 19 000 Übernachtungen. Der Jahresbericht 1926 berichtet von 2800 Herbergen und 2 400 000 Übernachtungen. Am Samstag, den 1. Oktober finden bereits die Sitzungen der Unterausschüsse statt, die die Hauptversammlung einleiten werden. Am Sonntag, den 2. Oktober, 1/9 Uhr beginnt die öffentliche Hauptversammlung. Im Rahmen der Tagung finden zwei Vorträge statt, die von grundlegender Bedeutung für das Jugendherbergs-werk sind. Samstags nachmittags spricht August Albrecht, Berlin, über „Die Freizeit der Jugend“ und am Sonntag im Rahmen der öffentlichen Hauptversammlung Oberregie-rungsrat Proßner, Karlsruhe, über „Die kulturelle Bedeu-tung des Jugendherbergswertes“.

Warnung vor einer Diebin

In letzter Zeit ist in Heidelberg, in Mannheim und hier eine unbekannte Frauensperson aufgetreten, welche in Raffees Herrenbekleidungsart aufsucht und diese Herren dann in der Wohnung ihres Liebhabers, den sie als ihren Onkel oder Bruder ausgibt, in dem Augenblick beseitigt, in dem sich die Herren aus Furcht vor der Entdeckung durch den Liebhaber im Kleiderschrank verborgen haben. Die Frauens-person ist etwa 22-25 Jahre alt, 160-165 cm groß, unter-seht, hat volles Gesicht, dunkelblonde Haare, nicht ge-tragenes braunes Kostüm und braunen Hut und spricht Württemberger Dialekt. Im Falle des weiteren Auftretens wolle die Fest-nahme der Frauensperson beantragt werden.

Warnung vor einer holländischen Firma

Die holländische Versicherungsbank „Moira“ in Utrecht ver-sendet a. H. Prospekte ihrer sog. Sparkasse, worin sie zum Beitritt und Werben von Teilnehmern auffordert. Diese Firma arbeitet mit dem sogenannten Schneeballen- oder Hydra-System. Es wird hierbei eine Sparkasse in den Vor-dergrund geschoben, in welche alle drei Monate 7 1/2 Gulden zu zahlen sind und zwar zwölf Jahre lang. Stirbt ein Spie-ler in diesen zwölf Jahren, so bleibt das Geld in der Kasse. Nach zwölf Jahren wird es verteilt und zwar: 1. Die Bet-räge, die in den 12 Jahren eingezahlt sind, 2. die Beträge von denjenigen, die in den 12 Jahren verstorben sind, 3. die Beträge von denjenigen, die in den 12 Jahren aufgehört ha-ben zu zahlen. Beim Eintritt zu dieser angeblichen Spar-kasse erhält der Teilnehmer 10 Karten mit einer Nummer zugeordnet. Diese Karten muß er an weitere Interessenten ver-kaufen, die ebenfalls dann Mitglieder werden, und diese Mitglieder erhalten wiederum 10 Karten zum Verkauf usw. Für jedes geworbene Mitglied werden dem Werber 1 1/2 Gulden versprochen. Das Badische Landespolizeiamt Karls-rue warnt vor der Teilnahme an diesem Unternehmen und weist besonders darauf hin, daß auch das Werben von weite-ren Teilnehmern (a. V. durch Kauf und Weiterbetrieb dieser Karten) strafbar ist. Das Ganze stellt eine in Deutsch-land verbotene Auspielung dar, durch welche zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft erhebliche Gelder ins Ausland fließen. Auch ist eine Kontrolle des Unternehmens deshalb unmöglich, weil es sich im Ausland befindet.

Aushang von Touristenkarten auf den Bahnhöfen in Baden

Eine Neuerung ist im Gebiet der Reichsbahndirektion Karlsruhe eingeführt worden. Auf den wichtigen badischen Bahnhöfen sind die Karten des Badischen Schwarzwaldbere-ins zum Aushang gelangt, wodurch dem reisenden Publikum eine weitere gute Orientierungsmöglichkeit gegeben wird. Unter Glas und Rahmen werden die Plätter einen über-blick über die Umgegend schon beim Eintreffen am Be-stimmungsort ermöglichen. Das Kartenwerk des Badischen Schwarzwaldbereins ist das beste und einwandfreieste Mate-rial dieser Art, das die gesamten badischen Wandergebiete umfaßt und dem reisenden Publikum die besten Dienste leistet.

Gemeinde-Rundschau

Bau einer Wasserleitung in Oberschweffens (Bez. Mosbach). Der Bürgerausschuß in Oberschweffens genehmigte den Bau einer Wasserleitung, deren Kosten sich auf 60 000 M stellen werden. Das Geld soll durch einen außerordentlichen Holz-geld herbeigeschafft werden.

Der Bürgerausschuß Öllingen nahm in seiner letzten Sitzung einmütig eine Vorlage an, die eine Kapitalauf-nahme von 80 000 M betrifft. Der größte Teil soll als ein privates Baudarlehen verwendet werden. 8 200 M sind für die Ausführung des Straßenausbaues Jungholz-Wrennet be-stimmt, 11 100 M erhält die Firma Rex auf Grund eines mit ihr abgeschlossenen Vertrages bei der Niederlassung der Firma.

Der Vorschlag von Rieslingen für 1927/28 ergibt einen ungedeckten Aufwand von 23 094 M. Der Steuerfuß er-rechnet sich für das Grundvermögen auf 62 Pf., für das Betriebsvermögen auf 25 Pf. und für den Gewerbeertrag auf 4,65 M, was eine erhebliche Verminderung gegenüber dementsprechenden Sätze des Vorjahres bedeutet.

Das Wochenende des Bürgermeisters

Alles schreit nach Wochenende und die Bürgermeister sollen sich dieser Erregung nicht uninteressiert anschauen? Das könnte niemand in der Ordnung finden. Es scheint aber damit nicht ganz einfach zu sein, denn der Vorsitzende des Deutschen Bürgermeisterrates, Bürgermeister Vogt, gibt in der Zeitschrift „Der Bürgermeister“ einige Ratschläge, wie das Wochenende überhaupt durch zweckmäßige Erleichterung seiner Berufsarbeit des Wochenendgenusses teilhaftig werden kann. Am den heutigen Verhältnissen mit ihrer Überlastung der lei-tenden Gemeindebeamten gerecht zu werden, empfiehlt er Verbesserung des Personals durch Einstellung tüchtiger Ge-hilfen und Einschränkung der Lehrlingszuchterei. Der ein-gestellte Lehrling solle nicht in die Gehilfenstellen hineinwaf-fen, sondern höchstens ein Jahr als Gehilfe in seiner Ver-stellung bleiben und sich dann anderweit versuchen.

Die Ausnutzung aller gebotenen mechanischen Hilfsmittel sieht Vone als weitere Voraussetzung seines Wunsches an. In jedes Dienstzimmer gehört eine Schreibmaschine. Im Zeit und Arbeitskraft zu sparen, sind einzelne Schriftstücke ohne Inanspruchnahme der Kanzlei gleich im Geschäftszimmer, aus dem sie stammen, zu erledigen. In der Kanzlei sind nur weibliche Kräfte anzustellen, die mindestens 150 Silben in der Minute schreiben. Auch in das Dienstzimmer des Bürger-meisters gehöre die Schreibmaschine, da sie den Vorteil habe, leserlich und bei einiger Übung drei bis viermal so schnell wie die Handschrift zu schreiben, mit Hilfe von Durchschlägen zugleich eine Vervielfältigung jedes Schriftstückes liefern. Me-chanische Vervielfältigungsapparate, Rechenmaschinen usw. sollen Hilfskräfte ersparen.

Als Weiterparasitenmittel wird schließlich der Kraftwagen er-wähnt, weil er es dem leitenden Beamten möglich macht, die Anschlüsse in den nächsten Eisenbahnnotenpunkten besser aus-zunutzen. Alle diese Vorschläge bieten nichts, was man nicht schon längst von einer neuzeitlich geleiteten Verwaltung er-wartet. Es mutet seltsam an, daß die Wochenendtage solche längst selbstverständlichen Forderungen stützen muß. Die Aus-sichten für das wirkliche Wochenende der Bürgermeister schei-nen danach nicht besonders günstig zu sein.

Aus der Landeshauptstadt

„Karlsruher Herbsttage“ 1927. Die Teilnehmerliste zu dem großen Festzug „Im Zeichen des Verkehrs“ am 2. Ok-tober ist nunmehr geschlossen. In der letzten Woche sind die Meldungen äußerst zahlreich eingegangen, darunter auch der Großfirmen, so daß der Zug ein ansehnliches Bild geben wird. Der Verkehrsverein hat eine Plakette in Gold, Silber und Bronze gestiftet, die an die besten Gruppen verliehen werden. — Die Proben zu dem am Südwestdeutschen Ge-meinabend am 1. Oktober zur Aufführung gelangenden „Süd-westmarkspiel“ sind im Gange. Bei dem Festspiel wirken die Schauspielerinnen Helme Ermarth und Marie Frauen-dorfer vom Badischen Landestheater mit. Die Regie liegt in den Händen von Direktor Hans Blum, die Bühnenbilder werden von Direktor Burkard gestaltet. Der Gesangverein „Liederhalle“, Karlsruhe, singt an diesem Abend den bei der Nürnberger Sängervereinigung mit außerordentlichem Erfolg ur-aufgeführten Männerchor „Geistertanz“ von Ludwig Wumann.

Vor dem Schwurgericht Karlsruhe hatten sich Dienstag vor-mittag die 35 Jahre alte ledige Kellnerin Ottilie Schuster aus Hörtal (Niederbaden) und der 24jährige verheiratete Elektrotechniker Otto Richard Schönherr aus Pforzheim wegen Meineids bzw. Beihilfe zu verantworten. In einem Verleumdungsprozeß vor dem Pforzheimer Amtsgericht war von der Schuster am 8. Mai d. J. der Wahrheit zuwider be-schworen worden, sie hätte nie mit Schönherr geschlechtlichen Verkehr gehabt. Als Motiv gab die Angeklagte heute an, sie habe die Ehe Schönherr's retten wollen. Dieser bestritt, sich im Sinne der Anklage verhalten zu haben. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Staatsanwalts an, daß die Schuster heute noch zu Schönherr in sexueller Hörigkeit stehe, hielt ihr zugute, daß sie nicht aus absolut verwerflichen Motiven han-delte, und erkannte unter Berücksichtigung des Strafmitel-erungsgrundes nach § 157 (eventuelle Verstrafung wegen Ehe-bruchs) auf sechs Monate Gefängnis, abzüglich zwei Monaten Untersuchungshaft. Schweregender wurde das Verhalten des Schönherr beurteilt, der einen wenig guten Eindruck machte. Gleichwohl ließ das Gericht auch ihm gegenüber Milde walten. Ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrver-lust sind die Sühne für seine Tat. Der Staatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Zuchthaus beantragt. — Weiter verurteilte das Schwurgericht den 24 Jahre alten, ledigen Milchhändler Gu-stav Friedrich Geisert aus Langenalb (Amt Pforzheim) wegen Meineids in einem Unterhaltsprozeß zur geschlechtlichen Verleumdung von einem Jahre Zuchthaus. Außerdem wurde auf dreijährigen Ehrverlust und dauernde Zeugenunfähigkeit erkannt. Im Hinblick auf die Persönlichkeit des Angeklagten (noch nicht vorbestraft und geistig minderwertig) hat das Ge-richt einmütig beschlossen, beim Justizministerium die Um-wandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe von gleicher Dauer zu beantragen.

Badisches Landestheater. In der großen Erstaufführung von Mussorgski's Oper „Boris Godunow“ am Sonntag den 25. September sind in den Hauptpartien beschäftigt: Melba von Daria (Marina), Franz Schuster (Boris Godunow), Theo Strad (Dimitri), Josef Witt (Schuiski) und Dr. Hermann Bucherpfennig (Rimen). Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Josef Krips und die szenische Leitung Oberregisseur Otto Krauß. Die Bühnenbilder nach Entwürfen von Lothar Secht und die Kostüme nach Entwürfen von Margarete Schellenberg wurden in den Werkstätten des Badischen Landestheaters hergestellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Mannheim, 20. Sept. Die französische Automobilfabrik Peugeot soll sich mit der Absicht tragen, in Mannheim eine Zweigfabrik zu errichten, und zwar geht man dabei von dem Gedanken aus, diese Fabrik nach dem Muster der Kölner Fabrik der Citroenwerke zu organisieren. Die „R. Bad. Landesztg.“ erfährt dazu, daß tatsächlich schon seit längerer Zeit Verhandlungen schweben, über deren Ergebnis aber noch nichts Bestimmtes zu sagen ist.

* Späth, bei Karlsruhe, 20. Sept. Hier feierte der Altbürgermeister Max Friedrich Hofheim in voller geistiger und körperlicher Rüstigkeit seinen 70. Geburtstag. Die Förderung der daniederliegenden Landwirtschaft durch Hebung des Produktionsverfahrens, Verbesserung des Absatzes, Einrichtung genossenschaftlicher Selbsthilfeorgane auch auf dem Gebiete des Maschinenwesens u. a. lag ihm besonders am Herzen. Heute noch ist er ein seit 30 Jahren hochgeschätzter Mitarbeiter der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, zweiter Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins und bekleidet außerdem eine Anzahl anderer Ehrenämter.

Baden-Baden, 20. September. In der vergangenen Nacht entlud sich über dem Grobbach und Oosbachtal ein Wolkenbruch. Die Oos glich in kurzer Zeit einem Strom, der in seinen Fluten die mannigfaltigen Hausgegenstände abschwenkt. In dem benachbarten Oberbeuern und Lichtental mußte die Feuerwehr zur Bekämpfung der Wassermassen alarmiert werden, die sich von Oberbeuern talabwärts in die Keller- und Erdgeschosse der anliegenden Häuser ergossen. Beträchtlicher Sachschaden scheint glücklicherweise nicht entstanden zu sein. Auch die Murg führt Hochwasser. Der Pegelstand in Karlsruh zeigte heute morgen 3,18 m.

OB. Aus dem Kraichgau, 21. September. Die Hopfen- und Tabakernte im Kraichgau ist durchweg beendet. Jedoch

sind die Hopfenbauern von den niedrigen Preisen sehr enttäuscht, zumal ihnen durch Neuanlagen im letzten Jahre große Auslagen entstanden sind. Es wurden nur 70—150 Reichsmark pro Zentner bezahlt, gegen voriges Jahr 3—400 Reichsmark pro Zentner.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. Sept.		20. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.28	168.52	168.17	168.51
Kopenhagen 100 Kr.	112.39	112.61	112.37	112.59
Italien . . . 100 L.	22.87	22.91	22.865	22.905
London . . . 1 Pf.	20.411	20.451	20.413	20.453
Newyork . . . 1 D.	4.1950	4.2030	4.1955	4.2035
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.885	81.045	80.89	81.05
Wien 100 Schilling	59.14	59.26	59.115	59.235
Prag . . . 100 Kr.	12.434	12.454	12.434	12.454

Ein englischer Textilmaschinenkredit, welcher den deutschen Textilfirmen die Beschaffung englischer Textilmaschinen erleichtern soll, ist zum Abschluß gelangt. Es handelt sich um 29 Mill. Pf. Sterling. Die Zinsfäße werden etwa 6 1/2 bis 7 Proz. betragen. Die Führung der kreditgebenden englischen Gruppe hat die General Trading and Finance Limited in London. Der deutsche Treuhänder, der auch die Interessen der deutschen Kreditnehmer zu wahren hat, ist Dr. Kurt Degen, der Syndikus des Berliner Textilverbandes.

Verschiedenes

Levine in Paris

W.B. Paris, 21. Sept. (Tel.) Die „Matin“ berichtet, traf Levine gestern nachmittag auf dem Flugplatz Le Bourget ein, wo er sich den Verfolgungen eines Autodroschkenführers, den er angeblich nicht bezahlt hatte, entzog. Als er das Flugzeug zur Abreise besteigen wollte, forderte man seinen Paß, worauf Levine erklärte: „Ich habe keinen Paß, es genügt, wenn ich Ihnen sage, ich bin Levine! Ich habe nie einen Paß, und komme überall durch.“ Trotsdem wurde Levine nicht gestattet, in dem ersten fabrikplanmäßigen Flugzeug, das startete, Platz zu nehmen. Levine ließ sich daraufhin mit der Polizeipräfektur telephonisch verbinden und erhielt dann die Erlaubnis, ohne Paß abzureisen.

Einsturz eines Funkturmes

W.B. Potsdam, 21. Sept. (Tel.) Auf dem Zeltower Funkgelände werden seit Anfang August 5 neue Türme für drahtlose Fernphotographien von einer Berliner Firma errichtet. Drei dieser Türme sind bereits fertiggestellt, heute nacht ist jedoch der zuerst erbaute, trotz starker Abheilung zusammengefallen. Da der zweite Turm in der Höhe ebenfalls starke Schwankungen zeigte, wurden die umliegenden Gerätehäuser geräumt. Der Einsturz des Turmes wird auf den starken Sturm zurückgeführt.

Die Gefährlichkeit von Rinderauslagen

Drei Einwohner des Ortes Raftenberg in Thüringen waren kürzlich auf Grund von Beschuldigungen eines 12-jährigen Schulmädchens unter Anklage gestellt worden. Sie sollten sich an dem Kinde unfittlich vergangen haben. Der eine erhängte sich, der zweite verfiel in Jervinn, der dritte wurde verurteilt. Gegen das Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Das Gericht sprach jetzt den dritten Angeklagten frei, da die Beschuldigung des Mädchens unwahr erschienen.

Staatsanzeiger

Dem Landesauschuß für Arbeiterwohlfahrt Baden in Mannheim wurde die Erlaubnis zum Betrieb von Losen der dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt in Berlin vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt für Preußen genehmigten Lotterien in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 16. September 1927.
Der Minister des Innern
J. A. Dr. A. Jung

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Medizinalrat Dr. Viktor Rathes in Jlenau zum Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Zurufgesetzt auf Ansuchen: Wirtschafterin Elisabeth Gurich bei der Heil- und Pflegeanstalt Jlenau.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Revisionsinspektor Otto Bierling zum Rechnungsrat (Ministerialrechnungsrat) beim Evang. Oberkirchenrat.



Während meines

Jubiläums-Verkaufs

vom 19. September bis 3. Oktober 1927

biete ich dem verehrten Publikum eine günstige Einkaufsgelagenheit in

**Mäntel
Jacken
Kragen
Besätze**

in nur besten Qualitäten und modernster Ausführung

Mein seit 20 Jahren in der Waldstraße 35 betriebenes Pelzwaren-Geschäft mit Kürschnerei habe ich am 1. März 1927 nach der Kaiserstraße 215, gegenüber dem Moninger, verlegt und bitte ich um gesch. Kenntnisnahme. Kaufen Sie nur beim Fachmann, denn

Pelzeinkauf ist Vertrauenssache!

Gust. Schrambke

Spezial-Pelzwarengeschäft und Kürschnerei

G. 706

Eintracht
Morgen Donnerstag, 22. September, 8 Uhr
1. Kammermusik-Konzert
Wendling-Quartett
unter Mitwirkung von
G. 711 **Gertrud Eyth**
(Pianistin aus Karlsruhe)
Kammervirtuos **Karl Schiedt**, (Karlsruhe, Kontrabaß) und Konzertmeister Hans Koehler, (Stuttgart, 3 Bratschen).
Brahms: Streich-Quintett, F-dur, op 88
Mozart: Streich-Quintett, g-moll
Schubert: Forellen-Quintett
(mit Klavier und Kontrabaß).
Karten zu Mk. 5.—, 4.—, 3.— und 2.— bei **Kurt Neufeldt** Waldstraße 89

Das Freiburger Münster
Von Dr. h. c. Friedrich Kempf
Münsterbaumeister
Mit 274 Abbildungen Preis in Ganzleinen 20 M.
Dieser stattliche, wirklich wundervoll ausgestattete Band ist das schönste Werk, das bisher über das Freiburger Münster erschienen ist. Die Dreiteilung in Baugeschichte, bildende Kunst und Malerei hat eine solche Einheitslichkeit ermöglicht, daß der Leser sich ein vollständiges Bild der Entwicklung bis zur gegenwärtigen Gestalt machen kann. Sehen auch Sie das Buch bei Ihrem Buchhändler an
Verlag G. Braun G.m.b.H., Karlsruhe (Baden)

meisterrant Mörch bis zum 3. Oktober 1927, 10 Uhr vormittags, einzureichen. Dasselbe Öffnung der Angebote am 3. Oktober 10 Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Während dieser Zeit halten sich die Teilnehmer an ihr Angebot gebunden.
Mörch, 16. Sept. 1927.
Der Gemeinderat:
De f.

Die Maurer-, Zimmer-, Fleischer-, Dachdecker- u. Anstreicherarbeiten zur Überdachung des Bahnsteiges vor dem Postgebäude im Personenbahnhof Karlsruhe nach der vom Reichsberedungs-Ausschuß aufgestellten Bedingungsordnung für Bauleistungen öffentlich zu vergeben: Pläne, Bedingungsheft auf der Hochbauhauemeisterei Karlsruhe 1, Eisenbahnstraße 2 Zimmer Nr. 32. Dort werden Angebotsentwürfe kostenlos abgegeben; nach auswärtig nur gegen vorherige Einzahlung des Portos, nicht in Briefmarken. Angebote verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Überdachung des Bahnsteiges, Angebot auf Arbeit“ versehen, spätestens bis Dienstag, den 4. Oktober d. J., vorm. 10 Uhr, an unterfertigte Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, den 20. September 1927. Vorstand des Reichsbahn-Baunrats I. 2.579

Badisches Landestheater Karlsruhe.
FESTHALLE
6 Volks-Konzerte
des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips.

Solisten: Paula Hegner-Jaffe 19. Dezember, Juan Manén 10. Oktober, Josef Reischer 16. April, Franz Philipp 16. Januar, Ottomar Voigt 7. November.

I. Konzert 10. Oktober 1927 Solist: Juan Manén	Schubert: Mozart: Brudner:	VI. Sinfonie C-dur Violin-Konzert D-dur I. Sinfonie
II. Konzert 7. November 1927 Dirigent: Rudolf Schwarz Solist: Ottomar Voigt	Goldmark: Mendelssohn: Brahms:	Sakuntala-Ouverture Violin-Konzert d-moll II. Sinfonie
III. Konzert 19. Dezember 1927 Dirigent: Rudolf Schwarz Solist: Paula Hegner-Jaffe	Senfter: Schumann: Richard Strauß:	III. Sinfonie (Aufführung) Klavier-Konzert a-moll Don Juan
IV. Konzert 16. Januar 1928 Solist: Franz Philipp	Corelli Malepico: Mahler: Solisten:	Orgel-Konzert (Aufführung) Lied von der Erde Theo Strauß, Magda Strauß
V. Konzert 19. März 1928	Schubert: Mozart: Solisten:	VIII. Sinfonie h-moll Requiem Elfe Blant, Magda Strauß, Josef Witt, Franz Schuster.
VI. Konzert 16. April 1928 Dirigent: Rudolf Schwarz Solist: Josef Reischer	Saydn: Mozart: Saydn:	Londoner Sinfonie Violin-Konzert A-dur Saydn Variationen

Platzmiete für die 6 Abende: 3.60 RM 5.40 6.60 9.— 11.40 13.50 18.— RM
Auf ein Konzert entfallen: 0.60 0.90 1.10 1.50 1.90 2.25 3.—
Zahlbar auf Verlangen in 2 Raten, die erste sofort, die zweite am 1. Dezember. Die Volkskonzerte sind besonders unternommen zur Darbietung vor den weitesten Volkskreisen — deshalb vorzugsweise Berücksichtigung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Vereine. Anmeldung durch ihre Organisationen oder Sammelstellen — Volksbühne, Hausangehörigen-, Handlungsgehilfen- und Beamten-Vereine, Theatergemeinde, weltliche und kirchliche Gesangsvereine usw. Vorrecht der vorjährigen Mieter vom 27. 9. bis 30. 9. 1927, neue Platzmiete vom 3. bis 5. Oktober bei der Vorverkaufsstelle des Landestheaters. Telefon 6288. G. 709

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunft
„Argus“ **Mannheim**
Plancken
Mühlentisch 33305
R. Maier & Co., G.m.b.H.

Einfamilienhaus mit Obstgarten gesucht, nicht zu weit von Karlsruhe gelegen, mindestens 7 Zimmer. Bedingung: 5 Jahre Pacht, dann Kauf bei Verzählung. Offerten unter G. 712 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Öffentliche Ausschreibung. Der Gemeinderat Mörch vergibt im Wege der öffentlichen Ausschreibung:

1. Die teilweise Kanalisation des Ortes.
2. Die Herstellung einiger neuer Ortsstraßen.
3. Die Materiallieferung zu 1—2/240 lfd. m Zementrohr Durchm. 150 mm, 400 lfd. m Durchm. 300, 800 lfd. m Durchm. 400, 300 lfd. m Durchm. 500, 250 lfd. m Durchm. 800, 400 lfd. m Durchm. 1 000 mm, 8 400 qm Straßenherstellung. G. 700

Der Gemeinderat behält sich vor, die Arbeiten getrennt zu vergeben. Pläne und Arbeitsbeschreibungen liegen vom 19. bis 24. September d. J. auf dem Bürgermeisterrat zur Einsicht auf. Dasselbe sind Angebotsunterlagen zum Preise von RM. 1.— bezw. RM. 2.— zu haben. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift: Kanalisation oder Straßenherstellung oder Materiallieferung beim Bürger-

Badisches Landestheater
Donnerstag, 22. Sept. 1927
D 3 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 1101—1200
Treibjagd
von Bernhard Blume
In Szene gesetzt von Felix Baumbach
Anja Balabanova Ermarth
Ogan v. d. Tend
Gogolin Dalhen
Raton-Ficks Schulz-Weiden
Smigal Brand
Basil Getz
Lilaweta Fiegler
Bankin Leibel
Spuller Vertam
Anfang 8 Schulze
I. Rang und I. Speerth 10%
Freitag, 23. Sept.: Tosen.
Samstag, 24. September: Stel. Kärner um Mörch.